



Allgemeine Informationen

Wir, die Fraktion der Europäischen Volkspartei, besteht aus christlich-demokratischen und bürgerlich-konservativen Mitgliedsparteien der verschiedenen Staaten der EU. Seit 1999 sind wir die größte Fraktion im Europäischen Parlament und die meisten unserer Angeordneten sind Teil der Europäischen Volkspartei. Unsere Wurzeln reichen zurück bis zu den Gründervätern Europas. Fraktionsvorsitzender ist Manfred Weber von der CSU aus Deutschland.

Grundüberzeugungen

Wir sind eine Fraktion der bürgerlichen Mitte mit dem Ziel, ein starkes, wettbewerbsfähiges und selbstbewusstes Europa aufzubauen ohne Konflikt zwischen europäischer, nationaler und regionaler Identität. Geprägt von unseren jüdisch-christlichen Grundwerten stehen wir für Chancengleichheit und das Eintreten für Menschenwürde, Freiheit und Frieden. Obwohl wir die gemeinsame europäische Identität fördern möchten und mittel- sowie langfristig deutlich näher in Europa zusammenrücken möchten, sind wir auch Vertreter des Subsidiaritätsprinzips.


Wir fördern Innovationen und den Wettbewerb des Marktes mit gleichzeitig bestehendem Sicherheitsnetz und verteidigen dafür die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft.



Fraktion
Europäische Volkspartei
(EVP)

im Europäischen Parlament

Größe: 176 Abgeordnete
bzw. 25% der Sitze

Fraktionsvorsitzender:
Manfred Weber 

auf der SimEP 2023

Größe: 32 Abgeordnete

Fraktionsvorsitzende:
Neele Heinke
Maximilian Kürten

Internetseite:
<https://www.eppgroup.eu/de>



Beschäftigung und soziale Angelegenheiten [EMPL]

Grundsätzlich setzen wir uns für einen auf Respekt beruhenden Arbeitsmarkt ein, der Arbeit und Leistung achtet und gleichzeitig solidarisch mit allen Teilen der Gesellschaft agiert und jedem ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Um einen flexiblen Arbeitsmarkt zu ermöglichen, halten wir es für wichtig, Bürokratie und die digitale Infrastruktur abzubauen. Auch ist Voraussetzung, dass es Mindestnormen für Arbeitssicherheit, den Schutz für gefährdete Gruppen und Strukturausgleich gibt. Dabei sind wir von der EVP jedoch der festen Überzeugung, dass verbindliche Gesetze, die über einen Minimalkatalog hinausgehen, nicht verabschiedet werden sollten. Wir glauben, dass es sinnvoller ist, bereits etablierte und bewährte Systeme und Regeln beizubehalten, um optimal auf jeden Staat eingehen zu können.

- Bürokratieabbau
- Gehälter: menschenwürdiges Leben
- Mindestnorm für Arbeitssicherheit, Schutz gefährdeter Gruppen, Antidiskriminierung, Strukturausgleich (Sicherheitsnetz) → Soziale Marktwirtschaft
- gegen verbindliche Gesetze; Anreize schaffen, Wahrung Rechte Einzelstaaten

Kultur und Bildung [CULT]

Auch die Bildungspolitik der EU betreffend setzen wir uns für einen Abbau von Bürokratie und einen Ausbau von Digitalem ein, um Strukturen und Abläufe zu vereinfachen, da Bildung gleichzeitig eine Investition in unsere eigene Zukunft ist. Wir sind eindeutig der Meinung, dass Bildung auf dem Subsidiaritätsprinzip beruht und die zuständige Instanz damit die nationale oder regionale Ebene ist. Diese darf auch nicht ohne Weiteres übergangen werden, was jedoch nicht heißt, dass die Europäische Union nicht unterstützend tätig werden kann. Allerdings finden wir ebenfalls, dass die EU gemeinsame europäische Bildungsprojekte, wie z.B. Erasmus, ergänzend unterstützen und stärker fördern sollte, um eine gemeinsame europäische Identität zu fördern. Außerdem halten wir die Förderung der Erwachsenenbildung und des lebenslangen Lernens für einen weiteren essentiellen Baustein für eine gemeinsame europäische Bildungspolitik.

- Bürokratieabbau
- gemeinsame "europäische Methode"

Rechte der Frauen und Gleichstellung der Geschlechter [FEMM]

Die EVP ist eine entschiedene Gegnerin von Diskriminierung und setzt sich u.a. für die Rechte der Frau innerhalb und außerhalb Europas ein, wobei insbesondere der Arbeitsmarkt eine entscheidende Rolle spielt. Wir fordern gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Erwerbsquote von Frauen, um dem geschlechtsspezifischen Lohngefälle entgegenzuwirken,



sowie flexiblere Arbeitszeiten für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Beruf und Familie. Grundsätzlich halten wir dennoch verbindliche Gesetze für einen falschen Ansatz. Stattdessen sollte man, gerade auf europäischer Ebene, lieber Anreize für die Wirtschaft schaffen und nationale Maßnahmen, Institutionen etc. stärken.

- Gegner von Diskriminierung
- gegen verbindliche Gesetze
- Wahrung nationale Traditionen → auf nationaler Ebene mit Unterstützung der EU Systeme stärken

Industrie, Forschung und Energie [ITRE]

Wir sind der festen Überzeugung, dass die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft essentiell sind, wenn wir die Probleme der sich verändernden Arbeitswelt lösen wollen, weshalb wir diese verteidigen müssen.

Der Ausbau des europäischen Binnenmarktes ist sehr wichtig, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken. Auch die digitale Agenda wird in Zukunft ganz neue Möglichkeiten eröffnen. Für wichtig halten wir außerdem einen gemeinsamen europäischen Energiemarkt.

Wir sind uns bewusst, dass der Fachkräftemangel in den einen Mitgliedstaaten und die hohe Arbeitslosigkeit in anderen ein großes Problem unserer Zeit ist. Dabei halten wir den Ansatz, jungen Menschen aus EU-Mitgliedern mit hoher Jugendarbeitslosigkeit die Möglichkeit zu bieten, unbesetzte Ausbildungsstellen in anderen Mitgliedstaaten wahrzunehmen vielversprechend.

- europäischer Binnenmarkt
- Fachkräftemangel großes Problem